Wohin mit Marburgs Highway? S. 2 | Beängstigendes Defizit: S. 3 | SDS im linken AStA: S. 4

Paroli

Linke Blätter für Stadt, Landkreis und Universität

Ausgabe Nr. 11
März/April 2010

Nichts spricht für Doppelhaushalt

Koalition will rot-grünen Zwist und Debatten vor den Kommunalwahlen vermeiden

Was ist nur in unseren Oberbürgermeister gefahren? Seit einiger Zeit stimmt etwas mit ihm nicht.

Ende Oktober 2009 brachte er mit großem Bombast den Jahreshaushalt 2010 ein. Wenige Tage später veröffentlichte der Deutsche Städtetag Furcht erregende Zahlen: Durch das Besserverdienenden-Selbstbedienungsgesetz („Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) werden die Einnahmen der Kommunen einbrechen. Vaupel juckte das nicht.

Am 30. November kam die Kehrtwende. Er sagte sich von seinem Entwurf los. Begründung: die Zahlen des Deutschen Städtetages.

Was war geschehen? Am Wochenende vor Vaupels Rückzieher war die Haushaltsklausur der Koalition nicht zustande kommen. Bei Rot-Grün gab es wieder einmal Krach.

Mitte Dezember hatte Egon Vaupel eine neue Idee: Jetzt will er keinen Jahreshaushalt 2010, sondern einen Doppelhaushalt 2010/2011. Die Stadtverordnetenversammlung sollte das am 18. Dezember absegnen, aber sie war nicht beschlussfähig. Die SPD hatte ihren ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Reinhold Becker vergrault, und die Opposition war ausgezogen. Dennoch wurde die Entscheidung durchgedrückt. Nun muss ein Gericht klären, wie es weitergeht. Ein Antrag der CDU auf einstweilige Verfügung ist gescheitert, in der Hauptsache wird noch entschieden.

Egon Vaupels Begründung für den Doppelhaushalt: Die Lage sei unsicher.

Das begreife, wer kann. Wenn sich die Zahlen täglich ändern, kann man nicht langfristig planen. Ein Jahreshaushalt wäre da das Richtige, vielleicht werden dann sogar noch Nachtragshaushalte nötig.

Auf dem Neujahrsempfang ließ der Oberbürgermeister die Katze aus dem Sack: Er wolle den Haushalt aus dem Kommunalwahlkampf 2011 heraushalten.

Das ist ein starkes Stück. Wahlen sind nicht nur dazu da, eine neue Stadtverordnetenversammlung und den Oberbürgermeister zu bestimmen. Wichtiger sind die sachlichen Alternativen, über die entschieden werden soll. Dazu gehört auch die Haushaltspolitik. Eine solche demokratische Debatte will unser Oberbürgermeister verhindern.

Da ist einer ziemlich schlecht beraten. *Georg Fülberth*

▲ Öffentlicher Ratschlag des Widerstandsbündnisses am 16. Januar: Am Mikrofon die Klinikumsbetriebsratsvorsitzende Bettina Böttcher.

„Gegenwehr gegen die Krisenpolitik organisieren“

Interview mit Aktiven des Marburger Widerstandsbündnisses

Im „Agenda-Jahr“ 2010 werden die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für zunehmend mehr Menschen spürbar. Konjunkturprogramme und Kurzarbeit laufen aus, manche Kommunen stehen aufgrund akuter Finanznot vor der Pleite und die Erwerbslosenzahlen werden steigen. Derweil verteilt die schwarz-gelbe Bundesregierung mit bestellten Steuersenkungen den gesellschaftlichen Reichtum weiter um und bereitet u.a. mit der Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen die nächste Runde im Sozialabbau vor. In Marburg hat sich 2009 ein Widerstandsbündnis gegen die Krisenfolgen gegründet. „Paroli“ sprach mit drei AktivistInnen.

Wer engagiert sich in Eurem Bündnis und welche Aktionen habt ihr bisher durchgeführt?

Ben Pfalz (aktiv in der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen): Bei uns sind ganz unterschiedliche Spektren vertreten. Neben den großen Organisationen wie dem DGB, Attac und der Linkspartei beteiligen sich lokale Initiativen und Einzelpersonen.

Fortsetzung S. 4

Kommentar

Schnee schippen

Westerwelle hat darauf spekuliert, dass er das eine oder andere Prozent an Wählerstimmen gut machen kann, indem er Hartz-IV-EmpfängerInnen zu SchmarotzerInnen abstempelt.

Das kommt zwar vielleicht nicht mehr so gut an wie früher, als die Mittelschicht noch nicht vom Absturz in Hartz-IV bedroht war. Aber immer noch glauben viele, sie hätten einen Nutzen davon, wenn man Zwangsarbeit gegen Arbeitslose verordnet oder ihnen gar die Hartz-IV-Sätze kürzt.

Das Gegenteil ist der Fall. Arbeitszwang vernichtet Arbeitsplätze. Und die niedrigen Hartz-IV-Sätze dienen dem Zweck, die Löhne zu senken. Menschen, die noch in Arbeit sind, sind schnell bereit, schlechtere Löhne oder Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, wenn das Hartz-IV-Damoklesschwert über ihnen schwebt. Vor Hartz IV gab es keine Diskussion über Mindestlöhne, weil Niedriglöhne eine Ausnahmeerscheinung waren. Heute sind sie gang und gäbe, weil Hartz-IV-EmpfängerInnen gezwungen werden, jegliche Arbeit anzunehmen, sei sie auch noch so schlecht bezahlt. Das ist der Kern von Hartz IV.

Eine „spätrömische Dekadenz“ ist dennoch nicht von der Hand zu weisen. Es gibt tatsächlich eine Schicht mit leistungslosem Einkommen, die sich einen Teufel darum schert, ob sie die ganze Gesellschaft gegen die Wand fährt. Sie ist es, die davon Nutzen hat, wenn durch Lohndumping die Gewinne explodieren: die Banker und Spekulanten, die Erben von großen Vermögen und Aktienbesitzer. Wann werden sie Schnee schippen müssen? *Nico Biver*

Termine

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum
Frankfurter Straße 15, Marburg

▶ Mitgliederversammlung der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

▶ Erweiterte Fraktion Marburger Linke, montags, 20.00 Uhr

▶ DIE LINKE. Kreis AG, donnerstags, 19.30 Uhr

▶ Die Hochschulgruppe SDS.die linke, dienstags, 20.00 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 18.3.2010

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Spenden

Steueroase DIE LINKE

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers Schäuble unwiederbringlich in Hindukusch-Abenteuer oder bankrotte Banken stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der LINKEN.

Wenn Sie Schäuble die Spendenbescheinigung, die Sie von uns erhalten, zukommen lassen, zieht er Ihnen die Hälfte der Summe von Ihrer Einkommensteuer ab.

Spendenkonto:
DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
(BLZ 513 900 00)

Zur Sache!

Vorschläge der Marburger Linken zum Haushalt 2010

Durch den Streit über die Frage, ob ein Doppelhaushalt 2010/2011 nötig ist, sind die Überlegungen über inhaltliche Schwerpunkte fast völlig in den Hintergrund getreten. Um diesen Stillstand zu überwinden, hat die Marburger Linke inzwischen detaillierte Forderungen für den nächsten Etat erarbeitet.

Sie schlägt vor, den Ortsbeiräten Verfügungsmittel in Höhe von einem Euro pro EinwohnerIn zukommen zu lassen, damit sie ihre Arbeit vor Ort auch mit eigenen Mitteln bestreiten können. In Frankfurt/Main gibt es das schon. Falls die Marburger Altenhilfe bei den Verhandlungen über den Eintritt in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) finanzielle Schwierigkeiten haben sollte, könnte die Stadt ihnen einen Zuschuss von 500.000 Euro zukommen lassen. Die personelle Kapazität der Verwaltung reicht offenbar bisher nicht aus, die Bauleitplanung mit eigenen Kräften zu gewährleisten. Hier muss ein Mitarbeiter für die Bauleitplanung eingestellt werden. Am Richtsberg muss ein Streetworker arbeiten können. Die Stadt hat keinen Armutsbericht, der diesen Namen verdient. Um das zu ändern, sollte die Stelle eines Sozialplaners eingerichtet werden. Ein kommunales Beschäftigungsprogramm muss es ermöglichen, dass statt des Einsatzes billiger Ein-Euro-Kräfte wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Das alte Wahlversprechen Egon Vaupels, den Kulturetat endlich auf vier Prozent des Haushaltes anzuheben, sollte er endlich erfüllen, bevor er sich um eine zweite Amtszeit bewirbt.

Schon kommt der Einwand, in der Krise sei kein Geld da. Bei Konzentration auf diese – im Grunde nicht zahlreichen, aber unentbehrlichen – Aufgaben müsste dies alles trotzdem zu packen sein. Allerdings muss der Kämmerer damit aufhören, jedes Jahr die Stadt ärmer zu rechnen, als sie in Wirklichkeit ist. Vor allem aber muss er jetzt den Gewerbesteuersatz auf 430 Punkten erhöhen. Im Boom hat er ihn auf 370 gesenkt, in der Rezession muss das korrigiert werden.

Georg Fülberth

Wohin mit Marburgs Highway?

Großes Interesse an Neugestaltung der Stadtautobahn

Im Januar ging es mal wieder um das Ungetüm Stadtautobahn. Im Entwurf eines „Lärmschutzplanes Hessen" wird der Stadt zwar vom Regierungspräsidium eine hohe Lärmbelastung durch die B 3a bescheinigt, aber alle Lärmschutzmaßnahmen – wie schon vorher ein Tempolimit – abgelehnt.

Foto: Nico Biver

▲ **Für den Anfang könnte die Hochstraße über der Bahnhofstraße in der Versenkung verschwinden.**

Angestoßen vom Stadtverordneten der Marburger Linken Dr. Michael Weber wird inzwischen intensiver diskutiert, welche Möglichkeiten es gibt, die Stadtautobahn wenigstens teilweise unter die Erde zu legen.

So auch in der Sitzung der AG der Lokalen Agenda 21 „Nachhaltige Stadtentwicklung, Ökologie und Verkehr" vom 14. Januar. Vor 67 interessierten MarburgerInnen wurden Erfahrungen verschiedener Städte vorgestellt, die solche Probleme bereits angepackt haben. Zu nennen sind Bremen und Hannover. Welche Erfahrungen man dort gesammelt hat, wurde in einem Film gezeigt. Auch für Marburg führte Michael Weber modellhaft vor, wie es gehen könnte. Großes Interesse zeigte Elmar Brohl, der aus seiner langen Tätigkeit im Bauamt sicherlich weiß, was möglich ist und was nicht.

Marburg könnte wieder werden, was es einmal war: ein angenehmer Ort. Stattdessen kommt von Seiten des Bürgermeisters Kahle ein finanzielles Totschlagargument: Zunächst waren es 500 Millionen Euro, die er für ein solches Projekt veranschlagt, inzwischen ist er bei 900 Millionen angelangt. Dabei hatte das Regierungspräsidium die Kosten pro Kilometer auf lediglich 20 Mio. Euro beziffert.

Man könnte meinen, es sei Zeit für eine Bürgerinitiative. Denn Rot-Grün in Marburg wehrt sich sogar gegen einen Ideenwettbewerb zur Ausarbeitung eines etappenweise umsetzbaren neuen Stadtautobahnkonzeptes. *Renate Bastian*

Streetworker statt Hilfspolizisten

Im Ortsbeirat Richtsberg herrscht Übereinstimmung in der Frage, dass ein Streetworker in Marburgs größtem Stadtteil unverzichtbar ist. Schon vor Jahren wurde ein entsprechender Antrag vom Vertreter der Marburger Linken gestellt. Es ist völlig unverständlich, warum bisher noch nichts passiert ist. Der Streetworker soll als unabhängiger Mittler zwischen den Jugendszenen agieren, mit den Jugendlichen kommunizieren, ihre Probleme kennen lernen und lösen helfen.

Stattdessen wurden die Mitglieder des Ortsbeirats in der Januarsitzung über die Einrichtung eines Polizeidienstes informiert. Zwei freiwillige Polizisten sollten den Bewohnern ein gewisses Sicherheitsgefühl geben und unter anderem nächtlichen Ruhestörungen vorbeugen. Bürgerstreifen sind fragwürdig, weil sie nicht gegen Straftaten helfen können. Denn das Monopol der Polizeigewalt liegt beim Staat, das heißt bei ausgebildeten Beamten. Auf keinen Fall können sie einen Streetworker ersetzen. *Bernd Hannemann*

Beängstigendes Defizit

Kreistag findet keine Lösung für Haushaltsdefizit

Die Finanzlage des Landkreises war noch nie so schlecht wie bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010. Beängstigend, desaströs, erschütternd, so die einhelligen Aussagen von Landrat und Kreistagsabgeordneten. Die Aussichten für die kommenden Jahre sind zappenduster. Auf über 235 Mio. Euro wird sich das Finanzierungsdefizit des Landkreises bis zum Jahre 2013 steigern. Das sind etwa zwei Drittel des gesamten Haushaltsvolumens. Das Schlimmste an der Situation ist, dass die Verantwortlichen weder bereit sind, die Ursachen für diese Debakel zu benennen, noch über halbwegs erfolgversprechende Lösungsansätze verfügen.

Einzig Heidi Boulnois, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Marburg-Biedenkopf, legte in ihrer Haushaltsrede präzise und ausführlich die Geschichte der finanziellen Austrocknung der Kommunen durch Bund und Land in den letzten Jahren dar. Sie arbeitete detailliert die katastrophalen finanziellen Folgen der Beschlüsse sowohl der Rot/Grünen als auch der Schwarz/Roten Koalition in Berlin und die Versäumnisse der Hessischen Landesregierung heraus. Sie wies darauf hin, dass die beängstigende Haushaltssituation des Kreises eben kein Naturereignis sei, sondern durch politische Entscheidungen einer ganz großen Koalition aus CDU/CSU/SPD/FDP und den Grünen bewusst herbeigeführt wurde. Die Mindereinnahmen der Kommunen aus der Wirtschaftskrise kämen krisenverschärfend hinzu.

Eine grundlegende Sanierung der Kreisfinanzen ist nur mit einer radikalen Verbesserung auf der Einnahmeseite möglich. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, selbst mit großem Freibetrag von 500.000 Euro und einem gemäßigten Steuersatz von einem Prozent für das darüber hinaus vorhandene Vermögen bringt dem Land Hessen mehr als 1,2 Mrd. Euro ein. Diese Mehreinnahmen für den kommunalen Finanzausgleich verwandt, und schon sieht die Zukunft der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise deutlich rosiger aus.

Auf Landesebene lässt Roland Koch erfolgreiche Steuerfahndungsgruppen auflösen und Personalmangel in den Finanzämtern zu. Dies führt zwangsläufig zu Mindereinnahmen. Auf Kreisebene sind die Dimensionen kleiner, aber die Verfahren sind ähnlich. Bei Jagdpächtern wird auf Steuereinnahmen verzichtet, um im gleichen Atemzug zu verkünden, für die Kinder armer Eltern könne die monatliche Fahrkarte in die weiterführende Schule nicht bezahlt werden. Einzig Ein-Euro-Jobs werden zur Beschäftigungsförderung eingesetzt, weil andere Möglichkeiten nicht finanzierbar seien. Gleichzeitig verzichtet der Kreis auf mögliche 1,7 Mio. Mehreinnahmen bei der Gewinnausschüttung der Sparkasse.

Die ganz große Koalition aus CDU/SPD/FDP und Grünen auf Bundesebene hat auch im Kreistag Bestand. Für das Linsengericht „Pauschale Ausgabenkürzung um 1,4 Prozent bei Sach- und Dienstleistungen“ stimmte die SPD dem Haushaltsentwurf zu. Die Haushaltsanträge der Fraktion DIE LINKE wurden allesamt abgelehnt.

Hajo Zeller

Mehr Informationen zur Haushaltsdebatte finden Sie unter:
www.die-linke-marburg.de/04kreisfrak.html

Foto: Nico Biver

▲ Anläßlich des Internationalen Frauentages platzte die Baari-Bar des Café Trauma am 10. März aus allen Nähten. An die hundert BesucherInnen wollten die Ausführungen der Marxistin und Feministin Prof. Frigga Haug (r., mit der Moderatorin der LINKEN Birgit Schäfer) zur “Vier-in-Einem-Perspektive” hören. Haug stellte die Utopie einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, der Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und des politisch-gesellschaftlichen Engagements vor.
Näheres zum Konzept unter: www.vier-in-einem.de

In Wetter werden Erwerbslose ausgebremst

Stadt entscheidet über die Köpfe der Betroffenen hinweg

Immer wieder werden Arbeitslose oder Hartz-IV-Empfänger aufgefordert, Eigeninitiative zu ergreifen. Wenn sie es tun wollen, werden ihnen nicht selten Steine in den Weg gelegt. Hier zwei Beispiele aus Wetter.

Über mehrere Jahre organisierte der Verein „Arche“, in dem sich Erwerbslose zusammengeschlossen haben, seine Treffen, die Abgabe von Kleidern und Lebensmitteln und vieles andere mehr. 2009 wurde dem Verein dann durch den Bürgermeister die Essenausgabe mit der Begründung untersagt, dass der Verein dazu nicht berechtigt sei. Er würde nicht die gesetzlichen Anforderungen an Hygiene und Gesundheit erfüllen.

Man hätte ja mal nachfragen können. Dann hätten die Behörden erfahren, dass zwei Personen die Voraussetzungen durchaus hatten. Oder man hätte anderen Vereinsmitgliedern die Möglichkeit geboten, sie zu erwerben. Stattdessen wird im Basta-Stil über die Köpfe der Leute hinweg entschieden.

Ein anderes Beispiel: Schon im Februar 2007 war ein Antrag des LINKEN-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung Wetter einstimmig angenommen worden, Erwerbslosen im Hartz-IV-Bezug und Menschen mit geringem Einkommen Gartenparzellen zur Verfügung zu stellen. Neben dem Anbau von Gemüse und Obst könnte es ihnen ermöglicht werden, gemeinsam Erholung zu finden und ihrer Isolation zu entgehen.

46 Interessenten hatte es gegeben. Erst zweieinhalb Jahre später, im Herbst 2009, sollte dies endlich umgesetzt werden. Zudem gab es Einschränkungen beim Bau von Gartenhäusern oder der Errichtung von Zäunen. Es wundert wenig, dass das Interesse stark zurückging. Aber der Magistrat und die meisten Stadtverordneten reagierten verärgert und suchten die Schuld bei den Betroffenen.

An diesen Beispielen zeigt sich die Arroganz und Überheblichkeit gegenüber den ins Abseits gedrängten Personen. *Gero Vogel*

Etwas bewegen:
Mitglied werden!

Ich will Mitglied der LINKEN werden. Schicken Sie mir die notwendigen Unterlagen.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

oder direkt unter:
die-linke.de/mitgliedschaft

Das Letzte

Versündigung

Wer möchte ihnen nicht helfen? Den kleinen Kindern, die laut OB Egon Vaupel bereits mit einem Rucksack voller Schulden das Licht der Welt erblicken. Deshalb werden in Marburg Schulden abgebaut – auf Teufel komm raus.

Aber damit nicht genug. Auch die Rücklage, die die Restschulden übersteigt, soll in schlechten Zeiten nicht angetastet werden. Wozu hat man sie angelegt?

Wer dieser Logik nichts abgewinnen kann, wird gebetsmühlenartig mit der Behauptung traktiert, wer Schulden nicht abbaue, versündige sich an den künftigen Generationen.

Wer sie ohne Not abbaut, tut das auf Kosten unserer Generation. Aber die künftigen haben nichts davon. Die rot-grüne Sparpolitik bedeutet, dass man darauf verzichtet, Kinder optimal zu fördern, ihnen eine schlechtere Infrastruktur hinterlässt und die Stadtentwicklung Privatinvestoren übereignet.

2010 und 2011 drohen zweistellige Millionenbeträge bei den Einnahmen wegzubrechen – vor allem durch die Gewerbesteuer. Grund sind Gesetzesänderungen und nicht Gewinneinbußen – auch in Marburg floriert die Pharmaindustrie prächtig auf Kosten der BeitragszahlerInnen.

Wie wird die Koalition darauf reagieren? Bleibt sie bei ihrer bisherigen Politik, muss sie die Ausgaben einschränken oder die Gebühren erhöhen.

Vaupel schimpft auf Berlin. Aber er ist mit schuld am Gewerbesteuerrückgang, weil Marburg 2008 den Hebesatz gesenkt hat. Die Marburger Linke will ihn auf Gießener Niveau erhöhen, um die alte Gewerbesteuerbelastung wiederherzustellen. „Das zerstört Arbeitsplätze" wird es aus den Reihen der anderen Fraktionen tönen. 2008 gab es in Gießen 42.755 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im bevölkerungsstärkeren Marburg nur 36.265. *Nico Biver*

Fortsetzung von S. 1

„Gegenwehr gegen die Krisenpolitik organisieren"

Interview mit Aktiven des Marburger Widerstandsbündnisses

Darunter sind die Erwerbsloseninitiative, die Hilfskräfteinitiative der Uni Marburg, BildungsstreikaktivistInnen, die Gruppe Dissident, wir von der AgF und die Leute von Notruf 113, einer örtlichen Initiative von ÄrztInnen und PatientInnen, die sich gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens formiert haben. Bisher haben wir zwei öffentliche Aktionen durchgeführt, eine zum Koalitionsvertrag und eine zu lokalen Krisenfolgen. Darüber hinaus haben wir uns an anderen Aktionen beteiligt, wie erst kürzlich an den Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst.

Wie sind denn die Krisenfolgen konkret vor Ort in Marburg und im Landkreis zu spüren?

Ulf Immelt (Organisationssekretär des DGB Marburg): Die Krise hat besonders stark die Metallindustrie getroffen. Hier wurden LeiharbeiterInnen entlassen und befristete Verträge nicht verlängert. In vielen Betrieben wird Kurzarbeit durchgeführt. Es konnten zwar weitere Entlassungen verhindert werden, aber die betroffenen KollegInnen haben dadurch ein geringeres Einkommen. Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz ist ein verbreitetes Phänomen.

Gleichzeitig brechen den Landkreisen und vielen Kommunen die Einnahmen durch die Gewerbesteuer weg. Die Folge ist, dass Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Frage gestellt werden. In dieser Situation gestalten sich die Bedingungen für Gewerkschaften in Tarifauseinandersetzungen schwierig, dem neoliberalen Credo „Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze und die Erde ist eine flache Scheibe" entgegenzuwirken.

Wie sehen Eure Ziele aus? Wie kann man mitmachen?

Karin Zennig (aktiv in der Gruppe dissident): Wir wollen Gegenwehr gegen die politischen und sozialen Angriffe und Zumutungen der Krisenpolitik organisieren. Wir wollen unsere Würde und das Recht auf unsere Bedürfnisse verteidigen und unsere Vorstellung eines sozialen Marburgs durchsetzen.

Alle sind eingeladen, auf unseren offenen Treffen vorbeizuschauen, aus den eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen zu berichten und sich Unterstützung für Kämpfe zu holen. Wir treffen uns alle drei Wochen im DGB-Haus.

Weitere Informationen unter: *www.widerstandsbuendnis.tk*

Linker AStA an der Uni gebildet

Hochschulgruppe SDS.die linke stellt mehrere Referenten

Neben den Aktionen im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks fanden im Juli 2009 die Wahlen für das Studierendenparlament statt. Nach „nur" fünf Monaten Verhandlungen hat sich im Dezember der neue Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) konstituiert. Der SDS.die linke ist mit seinem Ergebnis sehr zufrieden und gemeinsam mit den anderen linken Listen wiederum im AStA vertreten, diesmal in einer Koalition mit der Grünen Hochschulgruppe. In folgenden Bereichen der studentischen Selbstverwaltung sind wir aktiv:

Kritische Wissenschaft: Unsere Referenten organisieren überwiegend Veranstaltungen mit wissenschafts- und gesellschaftskritischem Anspruch, die mittlerweile an der Uni weitgehend fehlen. Im Zuge der universitären Sparpolitik wurden viele Stellen gestrichen. Das Ergebnis sind überfüllte Veranstaltungen und immer derselbe Einheitsbrei. Kritische Dozenten, spannende Themen: Fehlanzeige! Mit unseren Veranstaltungen versuchen wir den Studierenden eine Alternative zu diesen Zuständen zu bieten.

Öffentlichkeitsarbeit: Hier arbeitet unser Referent an der AStA-Zeitung mit, schreibt Pressemitteilungen, kritische Artikel über die Missstände an der Uni und ist viel auf Veranstaltungen unterwegs: D.h. er setzt linke Schwerpunkte in der Außendarstellung des AStA.

Soziale Härtefälle: Dieses Referat ist eine Anlaufstelle für Studierende mit finanziellen Problemen. Diese Arbeit ist besonders wichtig, weil jedes Jahr mehr Studenten nicht wissen, wie sie ihr Studium finanzieren sollen. Nach jahrelangen Diskussionen ist es dem SDS. die linke gelungen, wesentliche Verbesserungen für das Referat zu erstreiten. *Janis Ehling*

Der SDS.die linke trifft sich dienstags, 20.00 Uhr, im Linken Zentrum, Frankfurter Str. 15, Marburg

Foto: Nico Biver

▲ Jan Schalauske, Kreisvorsitzender der LINKEN (l.), überbrachte am 2. Februar den streikenden BusfahrerInnen der MVG, der Tochtergesellschaft der Stadtwerke, die Solidaritätsgrüße der LINKEN.